

Das Eigentor der SVP

Das Rüstungsprogramm wurde abgelehnt – die Gründe und Folgen aus Sicht der Leser

Den Volkswillen missachtet

Das Ungeheuerliche ist eingetreten: Dass die Linke und die Grünen dem Rüstungsprogramm 2008 nicht zustimmen würden, das war von Anfang an bekannt. Die SVP aber hat skrupellos das Schweizer Volk und ihre eigene Wählerschaft verraten, indem sie aus rein parteipolitischen Gründen gegen das Programm gestimmt und damit ohne jeden Sachbezug auf verwerfliche Weise den Willen des Volkes missachtet hat.

Noch im letzten Februar hat sich ein grosser Teil des Schweizer Volkes hinter unsere Armee gestellt, indem es mit grossem Mehr die Fluglärminitiative von Franz Weber abgelehnt hat. Diese Volksmehrheit ist nun von der SVP schändlich vertrat worden. Und was sagen wir denn unseren Söhnen und Töchtern, die ihre Wehrpflicht ernst nehmen, warum sie nur minderwertige, veraltete Waffen und Ausrüstungen erhalten, um an ihnen den Ernstfall zu üben, der, so hoffen wir alle, nie eintreten möge.

Brauchen wir denn eine solche Partei, die nicht davor zurückschreckt, wenn es ihren Zwecken dient, unser Land zu zerreissen? Es ist zu hoffen, dass ihr bei den nächsten Wahlen die Quittung für ihr Tun präsentiert wird.

Fritz Schulthess
Jegenstorf

Schmid, Abtreten!

Das klare Nein des Nationalrats zum Rüstungsprogramm der Armee zeigt, dass BDP-Bundesrat Samuel Schmid faktisch «handlungsunfähig» ist. Da mögen auch seine abgehobene Art und seine fehlende Einsicht nicht darüber hinwegtäuschen, dass er in den vergangenen Wochen jegliches Vertrauen in seine Person und seine Armeeführung verspielt bzw. verloren hat.

Auch seine Aussage, wonach das Ganze auf dem «Buckel der Miliz» ausgetragen wird, kann ich als Angehöriger der Armee nur mit



Kein Geld für die Erneuerung der Kampfflugzeuge.

einem müden Lächeln quittieren. Letztlich ist es sein Versagen und der Entscheid des Parlaments die hierfür notwendige Replik. So gesehen, wäre es an der Zeit, dass bei ihm die Einsicht wachsen und er

baldestmöglich zurücktreten würde. Statt der Sache und dem Land zu dienen, stellt er sich und seine Karriere in den Vordergrund. Es braucht einen Wechsel an der Spitze des VBS, damit der

«Spuk» dieser Desavouierung unserer einst stolzen Milizarmee ein jähes Ende findet. Herr Schmid: Abtreten – aber sofort!

Fourier Bernhard Diethelm
Vorderthal SZ

«Entrüstungsprogramm» nötig

Dem Vorwurf des FDP-Nationalrats Walter Müller an die Grünen, dass sie die Sicherheit nur bezüglich der Natur gewichten und den Menschen aussen vor lassen, könnte man das Votum von Jo Lang gegenüberstellen, dass ein AKW-Unfall wahrscheinlicher sei als ein Krieg. Dieser Vorwurf ist völlig haltlos, da es offensichtlich ist, dass die verschiedenen Parteien von verschiedenen Gesellschaftsbildern ausgehend ihre Sicherheitskonzepte verfechten, aber das Wohlergehen des Menschen auch bei den Grünen im Mittelpunkt steht.

Doch welches Sicherheitskonzept ist gesellschaftlich von hoher Relevanz? Wenn man die hitzigen Debatten u. a. um die Offroad, das Rauchverbot, die AKW-Frage, Armeewaffen und das Bettelverbot betrachtet, hat sich der Fokus der Diskussionen in der Öffentlichkeit schon längst zu einem moderneren Sicherheitsbegriff verschoben. Es wird Zeit, dass sich die Politiker erneut mit dem Sicherheitskonzept auseinandersetzen. Die Aussage Bundesrat Schmid, dass die Ausgaben von 917 Millionen Franken für ein Rüstungsprogramm nichts Aussergewöhnliches seien, ist entlarvend.

Weshalb soll man weiterhin Steuergelder in eine Institution «buttern», die von einem völlig veralteten Sicherheitskonzept ausgeht, wenn sich die gesellschaftlichen Brennpunkte längst verschoben haben? Die Politiker und Politikerinnen sollten sich einem «Entrüstungsprogramm» unterziehen und daraufhin ein ganzheitliches, modernes Sicherheitskonzept entwerfen!

Elango Kanakasundaram
Bern

SCHLAGESEITE

Damit Düsternis über uns komme

Da denkt man sich immer, was man alles machen will, wenn das Kind bei der Oma ist, und macht dann fast nichts. Nur rauchen und «Das Magazin» vom letzten Wochenende lesen. Die Reportage

über Emos: Jugendliche, «Fleurs du Mal» lesende, sich selbst verstümmelnde, wehrlose, romantische Heulsusen in Schwarz. Die Börsenkurse fallen wie reife Birnen und die Aktionäre verstehen ihre Welt nicht mehr. Wen wundert, dass die Kids depressiv sind und Trost in schwermütiger Poesie und der Nestwärme ihrer Clique suchen.

Am liebsten würde ich auch, die Augen schwarz umrandet, damit die Augenringe besser zur Geltung kommen, in voller Lautstärke Tokio Hotel aufliegen und fluchtartig unter Tränen die Wohnung verlassen. Um mich von den Nachbarn mit Obst bombardieren zu lassen.

Ich mag die Emos zwar auch nicht, aber immer noch besser, die googeln sich Baudelaire und Rimbaud herunter, als dass sie Rambo spielen. Weil es unsere Armee in dieser Form wahrscheinlich nicht mehr lange geben wird, wenn alle auf ihr herumhacken. Die Hobbykrieger würden womöglich ihre eigenen Armeen gründen. Im Ernstfall könnten wir uns nur noch weinend in die Arme nehmen und dazu die traurigsten Verse von Georg Trakl rezitieren.

Wenn ich an mein Alterskapital denke, dann möchte ich auch in die Arme genommen werden und weinen, bloss fehlte mir immer schon eine Clique. Manchmal fühle ich mich selber wie eine nur aus mir selbst bestehende, unverstandene Jugendkultur. Ich war zwar Mod, Hippie und Punk, das Outfit war mir aber nie so wichtig.

Deswegen kam ich als Punk auch nichtsogut rüber. Ich hatte nämlich meinen Irokesenkamm quer statt längs. Auch die obligatorische No-Future-Lederjacke hatte ich nicht.

Nur einen gummierten Töffmantel, darunter nichts. Anstatt in stinkigen Doc-Martens-Stiefeln schwebte ich Monte-Verità-mässig mit Birkenstock-Sandalen durch das AJZ. Als Körperschmuck hatte

ich mir ein verkohltes Toastbrot um den Hals gehängt.

Niemand hatte mich damals verstanden. Aber während ich immer das Establishment erschüttern wollte, reicht den heutigen Kids offenbar die Selbsterschütterung. Wahrscheinlich ist sogar unsere Regierung leicht emo. Der Finanzminister liegt im Koma. Die Justizministerin, welche seine Geschäfte weiterführen soll, gehört zwar zu keiner Clique und wird trotzdem nur abgeklatscht.

Auch der Bundespräsident scheint zu leiden. Weil man den Teilchenbeschleuniger runterbremsen musste. Nicht einmal einen anständigen Weltuntergang bringt man zustande. Der wehrlose Verteidigungsminister und Eveline Widmer-Schlumpf müssen sich demütigen lassen, sind aber deswegen noch keine echten Emos, weil sie keine eigene Fraktion haben.

Micheline Calmy-Rey entspricht schon äusserlich mit ihrer Haartracht einem Vollbild-Emo. Palästinensertuch trägt sie zwar keines, dafür ab und zu einen leichten Schleier. Wahrscheinlich als Zeichen der emotionalen Anteilnahme mit den leidenden Frauen des Orients. Reden will sie auch mit allen, sogar mit Osama bin Laden, bloss will der gar nicht.

Die Krankenkassenprämien steigen, weil alle depressiv sind, und die Stromproduzenten sorgen mit ihrer Preispolitik dafür, dass wenigstens ein bisschen mehr zur Stimmung passende Düsternis über uns kommen möge. Moritz Leuenberger wird sicher mit ihnen darüber reden wollen. Nur Nesthäkchen Doris Leuthard zeigt noch keine Anzeichen seelischer Verstimmung.



Endo Anaconda

TRIBÜNE

Gsoa zerstört Arbeitsplätze

Corina Eichenberger

Vor einer Woche hat an dieser Stelle ein Vertreter der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (Gsoa) die Werbetrömmel für die Exportverbots-Initiative geführt. Und dabei kräftig an die Moral der Schweizerinnen und Schweizer appelliert.

Natürlich sind Waffen kein Produkt wie jedes andere. Gerade deshalb sind die Schweizer Ausfuhrbestimmungen für sicherheitstechnische Güter umfassender und strenger als jene der meisten europäischen Partnerstaaten. Die geltenden Bewilligungskriterien entsprechen einem hohen ethischen Standard und tragen unter anderem der Aufrechterhaltung des Friedens, der internationalen Sicherheit sowie der Situation im Innern des Bestimmungslandes (z. B. Respektierung der Menschenrechte, Verzicht auf Kindersoldaten) Rechnung.

Wenn Rüstungsexporte ethisch fragwürdig sein sollen, so ist ein Exportverbot ebenso ethisch fragwürdig. Der moderne Staat zeichnet sich durch das Gewaltmonopol aus, das er von der Gesellschaft zur Durchsetzung des Rechts und zur Sicherheit der Bevölkerung erhält. Im Innern übt er dies mit der Polizei aus, im Äusseren mit der Armee. Die Aufgaben und Aufträge der Armee sind gemäss der Verfassung auf die Bedrohungslage auszurichten; ent-

sprechend muss die Ausbildung und die Ausrüstung sein.

Solange sich die Empfängerstaaten von sicherheitstechnischen Gütern an das Völkerrecht halten, gibt es keinen Grund, ihnen keine Waffen und Geräte zu verkaufen. Im Gegenteil: Vielmehr würde die Schweiz durch ein Exportverbot den betroffenen Staaten das Recht

Ohne eigene industrielle Kapazitäten könnte die Einsatzbereitschaft der Schweizer Armee nicht gewährleistet werden.

absprechen, sich gegen Angriffe selbst zu verteidigen. Diese Staaten würden ihre Rüstungsgüter in anderen Staaten erwerben.

Nicht zuletzt profitiert auch die Schweiz vom internationalen Rüstungsmarkt. Weil sie aus wirtschaftlichen Gründen nicht alles autonom produzieren kann und will, vertraut sie auf die Importmöglichkeit zahlreicher komplexer Waffen und Systeme.

Es wäre ungerecht und diplomatisch verheerend, unseren politischen und wirtschaftlichen Partnern Beschaffungen im sicherheitspolitischen Bereich in unserem Land zu verunmöglichen.

Der Bundesrat empfiehlt dem Parlament, die unsere Wirtschaft schädigende Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Er ist zu Recht der Meinung, dass die bewährte geltende Gesetzgebung für die Belange der Rüstungsausfuhr den ausserpolitischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Schweiz in ausgewogener Art und Weise Rechnung trägt. Ohne eigene industrielle Kapazitäten könnte die Einsatzbereitschaft der Schweizer Armee nicht mehr gewährleistet werden. Das Aufwuchskonzept würde obsolet.

Weil die Schweizer Rüstungsindustrie auf Exportmöglichkeiten angewiesen ist, würden bei einer Annahme der Initiative Tausende hoch spezialisierter Arbeitsplätze in der Maschinen- und Elektronikindustrie sowie in Zulieferbetrieben vernichtet. Unter dem Verlust an Rechtssicherheit und Vertrauen würde die gesamte Schweizer Exportindustrie leiden, auch Firmen, die zivile oder Dual-Use-Güter herstellen, was in der Schweiz die meisten Unternehmen tun.

Was mich besonders stört an dieser Initiative, ist der «Sozialplan», der diesen Namen nicht verdient. Die Initianten stellen den durch das Ausfuhrverbot betroffenen Regionen und Mitarbeitern eine staatliche Konversionsbeihilfe aus Steuergeldern während zehn Jahren in

Aussicht. Ein solches Vorgehen ist volkswirtschaftlich und ordnungspolitisch falsch. Es kann nicht die Aufgabe des Staates sein, wettbewerbsverzerrend in das Marktgeschehen einzugreifen. Ohne eine entsprechende Nachfrage können keine Arbeitsplätze im zivilen Bereich geschaffen werden.

Die von der Gsoa vorgeschlagene, von SP und Grünen unterstützte Zwangskonversion schafft keine zusätzlichen Arbeitsplätze, sondern zerstört existierende Märkte und Arbeitsplätze von Schweizer Firmen. Erfahrungen aus dem Ausland belegen zudem, dass solche Konversionsprojekte in 80 bis 90 Prozent der Fälle keinen Erfolg haben. Aus diesen Gründen lehne ich diese Initiative ab.

DIE AUTORIN



Corina Eichenberger-Walther, geboren 1954 in Aarau, seit 2007 FDP-Nationalrätin, ist Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission und Mitglied des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik (Asuw). Sie arbeitet als Rechtsanwältin und Mediatorin. 1993 bis 2007 sass sie im Aargauer Grossen Rat, den sie 2005/06 präsidierte.

DIE «BUND»-WEBLOGS

Nicht nur lesen, auch mitdiskutieren

Hat Sie etwas besonders aufgeregt – oder besonders gefreut? Teilen Sie Ihre Meinung einer breiteren Öffentlichkeit mit! Schreiben Sie einen Leserbrief, oder loggen Sie sich in einen unserer Weblogs ein, wo Sie an Diskussionen teilnehmen oder neue anzetteln können.

Das Redaktionsblog

Informationen und Meinungen aus der Chefredaktion, Berichte aus dem journalistischen Alltag und Blicke hinter die Redaktionsschleusen: [\[@\] www.ebund.ch/bund-blog](http://www.ebund.ch/bund-blog)

Das Fussballblog

Alles, was Sie schon immer über das runde Leder wissen wollten, aber nie zu fragen wagten – und noch viel mehr. Die Steilpässe und Blutgrätschen unserer Autoren unter: [\[@\] www.ebund.ch/zumrundenleder](http://www.ebund.ch/zumrundenleder)

Das Kulturblog

Was in der Berner Kulturszene los ist, was los sein sollte und was ganz und gar nicht geht. Engagierte Diskussionen rund um das kulturelle Leben: [\[@\] www.ebund.ch/kulturstattbern](http://www.ebund.ch/kulturstattbern)

Alle «Bund»-Inhalte

Die aktuelle Ausgabe des «Bund» sowie die archivierten Nummern der vergangenen 30 Tage können im Internet gratis nachgelesen und heruntergeladen werden: [\[@\] www.ebund.ch](http://www.ebund.ch)

Der Bund

Herausgeberin: Espace Media Groupe
Verleger: Charles von Grafenried

Gesamtauflage BZ (inkl. «Bund»):
213 544 WEMF/SW-beglaubigt

Grossauflage freitags: 259 102

WEMF/SW-beglaubigt

Redaktion:

Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern

Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12

Verlag:

Der Bund, c/o Espace Media AG,

Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern

Tel. 031 330 31 11, Fax 031 330 36 86

Redaktionsleitung

Chefredaktor: Artur K. Vogel (akv)

Stellvertretende Chefredaktoren:

Rudolf Burger (bur), Patrick Feuz (paf)

Chief vom Dienst: Beat Stähli (sbb)

Lokale Ressorts: Bernhard Ott (bob)

Homepage: www.ebund.ch

E-Mail: derbund@derbund.ch

Verlagsdirektorin:

Franziska von Weissenfluh

Insertate: Berner Zeitung,

Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern

Telefonische Anzeigenannahme:

Tel. 031 330 33 10, Telefax 912 160,

Fax 031 330 35 71

E-Mail: insertate@bernerzeitung.ch

ISDN-Nr. 031 348 02 40 (2-Kanal)

Technischer Kundendienst: Anzeigen

Tel. 031 330 35 61. Für Todesanzeigen

ausserhalb der Bürozeit: Fax 031 330 35 71.

Anzeigenannahme auch bei allen

Publicitas-Filialen Schweiz: Publicitas Bern,

Tel. 031 384 13 84, Fax 031 384 14 91

Abonnementspreise: 24 Monate Fr. 644.–,

12 Monate Fr. 348.–, 6 Monate Fr. 189.50,

3 Monate Fr. 99.90. 40% Studenten- und Ausbildungsrabatt.

Die Preise verstehen sich inkl. 2,4% MWST. Einzelnummer Fr. 2.80

Abonnemente: Tel. 031 385 14 44, Fax 031 385 14 45

E-Mail: abo@derbund.ch